

Weltoffenheit

Nein, es kam nicht so weit. Effi Eitam, ein israelischer Aktivist in der Siedlerbewegung und Politiker der früheren ultra-rechten National-Religiösen Partei, dessen Rhetorik und Verhalten gegen Arabern von weiten Teilen der israelischen Gesellschaft als extrem rassistisch eingestuft werden, wurde nun doch nicht zum neuen Vorsitzenden des Direktoriums von Yad Va-Shem ernannt. In und außerhalb Israels wurden zahlreiche Stimmen laut, die den internationalen Ruf und das Selbstverständnis der Gedenk- und Forschungsstätte zur Schoah in Frage gestellt sahen. Dass es zu der für den 1. Januar 2021 angekündigten Ernennung, für die sich Premierminister Netanjahu persönlich eingesetzt hatte, nun doch nicht gekommen ist, ist bemerkenswert.

Die Logik, die Befürworter der Personalie vorgebracht hatten, geht so: In der Schoah wurden Juden von Nazi-Deutschland und Unterstützern massenhaft ermordet, das Ziel war die Auslöschung jüdischer Menschen überhaupt. Arabische Positionen gegenüber Israel befürworten und betreiben einen gewaltsamen Kampf gegen jüdische Menschen in Israel, und häufig auch außerhalb Israels, ihr erklärtes Ziel ist die Auslöschung des Jüdischen Staates. Das eine wie das andere anzusprechen, ernst zu nehmen und heute die gegebenenfalls notwendigen Maßnahmen dagegen zu befürworten – ist per se weder rassistisch noch rechtsextrem. Das gilt unabhängig von der Frage, ob diese Darstellung einer objektiven Realität entspricht oder nicht. (Nach meiner Wahrnehmung trifft sie in der Tat weitgehend zu.) Und es gilt umso mehr, wenn diese Meinung nicht aus der sicheren Bequemlichkeit anderer Länder heraus geäußert wird, sondern aus der Lebenswirklichkeit derer, die damit ihre eigene Existenz dauerhaft in Frage gestellt sehen.

Das anzusprechen, ernst zu nehmen und die gegebenenfalls notwendigen Maßnahmen dagegen zu befürworten, kann aber in der Tat in rechtsextreme und sehr schnell auch in rassistische Einstellungen und Handlungsweisen gegen Araber und gegen Muslime münden. Beinahe zwangsläufig begünstigt es solche, schafft so genannte Resonanzräume für entsprechende Stimmungsmache, und den von Rassismus tatsächlich Betroffenen wird es schwerfallen, die gebotene Differenzierung vorzunehmen. Und leider beschreibt auch das eine Lebenswirklichkeit in Israel. – Nach allem, was über Effi Eitam bekannt wurde, wäre seine Berufung zum Direktor von Yad Va-Shem verheerend für Yad Va-Shem und für einen aufrichtigen Kampf gegen Antisemitismus gewesen.

Womit wir zum Schauplatz Deutschland zurückkehren, wo diesem Kampf eine eigene Qualität zukommt. Wir haben in der Abrahams Post immer wieder die besorgniserregende Entwicklung verfolgt, mit der sich Menschen in Deutschland seit einigen Jahren konfrontiert sehen, die diesen aufrichtigen Kampf gegen Antisemitismus hier glaubhaft verfechten. Ausgerechnet die moralische Verantwortung, der aufrichtige Wille und die tiefe Entschlossenheit vieler in Deutschland, jede Form von Antisemitismus zu bekämpfen, wird insbesondere in München aber auch in ganz Deutschland dafür instrumentalisiert, Kritik an der rechtsgerichteten und nach Meinung vieler jüdischer Menschen in und außerhalb Israels verhängnisvollen Politik Israels zu unterbinden, sowie das Unrecht, das anderen angetan wird, nicht angemessen zur Sprache zu bringen.

Wer sich für die berechtigten Belange auch der Palästinenser einsetzt, wer die Perspektive der arabischen Welt – möge sie einer objektiven Realität entsprechen oder nicht – zumindest in eine offene Debatte mit einbringen möchte, selbst dann, wenn er/sie diese selbst nicht vertritt – kann in der Tat bewusst oder unbewusst antisemitische Muster bedienen. Beinahe zwangsläufig begünstigt dies solche, schafft sogenannte Resonanzräume für entsprechende Stimmungsmache, und den von Antisemitismus tatsächlich Betroffenen wird es womöglich schwerfallen, die gebotene Differenzierung vorzunehmen. In der Tat gibt es Antisemiten, die diesen berechtigten Einsatz für sich instrumentalisieren. Gegen sie hat sich unser aller Kampf zu richten.

Sich für die berechtigten Belange auch der Palästinenser einzusetzen, die Perspektive der arabischen Welt – möge sie einer objektiven Realität entsprechen oder nicht – zumindest in eine offene Debatte mit einzubringen, und zwar unabhängig davon, ob man sie selbst vertritt oder nicht – ist aber nicht per se antisemitisch. Wer diese Differenzierung nicht vornimmt, läuft Gefahr, selbst bewusst oder unbewusst Unrecht zu verüben, und genau dies geschieht in erschreckendem Ausmaß! Das gilt gerade auch dort, wo ein erklärter Auftrag gegen Antisemitismus oder Rechtsextremismus vorzugehen vorliegt – und es bleibt unerträglich, dass solches Unrecht gerade von dort aus fortwährend verübt wird.

Es überrascht insofern nicht, dass sich die Stimmen immer weiter mehren, die sich dieser Entwicklung in Deutschland entgegensetzen. Die Initiative „GG 5.3 Weltoffenheit“ von Repräsentant*innen öffentlicher Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen zeigt auf, wie vor diesem Hintergrund die vom Grundgesetz (Art. 5, Abs. 3) garantierte Meinungsfreiheit in Kunst und Wissenschaft bedroht wird. Der volle Wortlaut ihres im Dezember 2020 veröffentlichten Plädoyers ist im Internet einsehbar.[1]

Sie bekennt sich unmissverständlich zum „gemeinsamen Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus, Rechtsextremismus und jede Form von gewaltbereitem religiösen Fundamentalismus“. Und gerade deshalb fordert sie, dass die historische Verantwortung Deutschlands nicht dazu führen darf, „andere historische Erfahrungen von Gewalt und Unterdrückung moralisch oder politisch pauschal zu delegitimieren.“ Sie bringt die Problematik, die doch eigentlich alle, die wirklich glaubwürdig gegen Antisemitismus ankämpfen wollen, miteinander verbinden müsste, auf den Punkt, wenn sie die missbräuchlichen Verwendungen des Antisemitismusvorwurfs anprangert, durch die „wichtige Stimmen beiseite gedrängt und kritische Positionen verzerrt dargestellt“ werden. Zum Arbeitskreis und den Unterzeichner*innen des Plädoyers gehören unter vielen anderen das Goethe-Institut, die Kulturstiftung des Bundes, das Einstein Forum Potsdam, das Moses Mendelssohn Zentrum für Europäisch-Jüdische Studien, das Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin, das Jüdische Museum Hohenems, der Deutsche Bühnenverein, das Deutsche Theater Berlin, das Staatsschauspiel Dresden, die Münchner Kammerspiele (als einzige Institution in München). Ich möchte mich für die Freunde Abrahams den zitierten Formulierungen anschließen, und schließe dabei natürlich auch die darin ebenfalls enthaltene Feststellung ein: „Da wir den kulturellen und wissenschaftlichen Austausch für grundlegend halten, lehnen wir den Boykott Israels durch den BDS ab.“

Es überrascht sogleich leider kaum, dass auch diese Initiative umgehend als „antisemitisch“ diskreditiert wurde. So sieht der Antisemitismusbeauftragte des Landes

Berlin darin einen Versuch, die Diskussion über antisemitische Positionen abzuwürgen. Das Simon-Wiesenthal-Zentrum führt sie gar auf seiner Liste der zehn weltweit schlimmsten antisemitischen Vorfälle im Jahre 2020 (auf Platz sieben)! [2] Es überrascht aber erst recht nicht, dass die Stimmen gegen den Missbrauch des Antisemitismusvorwurfs besonders auch von zahlreichen jüdischen Menschen innerhalb und außerhalb Deutschlands immer lauter werden. Das Festjahr Jüdisches Leben in Deutschland, das wir 2021 aus Anlass der vor 1700 Jahren erfolgten ersten Erwähnung jüdischen Lebens auf dem Gebiet des heutigen Deutschland feiern, hat das erklärte Ziel, „jüdisches Leben sichtbar und erlebbar zu machen und dem erstarkenden Antisemitismus etwas entgegenzusetzen“ (<https://2021jlid.de/>). Wir sind gespannt, wie im überaus reichhaltigen Veranstaltungsprogramm auch diese Vielstimmigkeit abgebildet wird.

[1] z. B. hier: https://www.humboldtforum.org/wp-content/uploads/2020/12/201210_PlaedoyerFuerWeltoffenheit.pdf

[2] Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Initiative_GG_5.3_Weltoffenheit#cite_note-9; zuletzt aufgerufen: 29.1.2021)

(aus: [ABRAHAMS POST 38.2021](#))

www.stefan-jakob-wimmer.de